

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger,

und

Abgeordnete zum Europäischen Parlament

Simone Schmiedtbauer

am

Montag, 01. März 2021

zum Thema

Ökologisierung der Europäischen Agrarpolitik –

Oberösterreich bereits auf gutem Weg

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

„Green Deal, Farm-to-Fork-Strategie und Biodiversitätsstrategie: Keine Folgenabschätzung, dafür viel Ideologie. Die wissenschaftliche Folgenabschätzung bis hin zu den Konsumentinnen und Konsumenten fehlt. Das Ziel einer noch umweltschonenderen Landwirtschaft steht außer Frage. Oberösterreichs Bäuerinnen und Bauern arbeiten jeden Tag daran - mit Erfolg. Es braucht aber die Sicherheit, dass alle Partner der Wertschöpfungskette diesen Weg mitgehen und nicht auf billigere Importprodukte zurückgreifen. Ansonsten zwingen wir die Lebensmittelproduktion in Länder außerhalb Europas mit fragwürdigen Klima-, Umwelt-, Tierschutz- und Hygienestandards. Es braucht ein klares Bekenntnis für die europäische Land- und Forstwirtschaft, für die Produktion in der Heimat.“

Max Hiegelsberger und Simone Schmiedtbauer

Bei Zukunftsstrategien nicht auf die ausführenden Bäuerinnen und Bauern vergessen

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union liegt als einer der wenigen Politikbereiche klar in der Zuständigkeit der Europäischen Union. Daher fließt ein beträchtlicher Anteil des EU-Budgets in diesen Politikbereich und ersetzt dadurch nationale Transferleistungen wie in anderen Politikbereichen. Dementsprechend wird auch die politische Diskussion um die jeweils für sieben Jahre in Kraft tretende Gemeinsame Agrarpolitik intensiv geführt. Sie wirkt sich unmittelbar auf die Arbeit und Lebensrealität aller Bäuerinnen und Bauern in der EU aus.

Die Landwirtschaft hat dabei einer Vielzahl an politischen und gesellschaftlichen Zielvorgaben zu entsprechen. Um die wichtigsten zu nennen: Sichere Eigenversorgung mit hochqualitativen und preiswerten Lebensmitteln, Erhaltung lebenswerter ländlicher Räume, Erhalt der Artenvielfalt, Verringerung der Treibhausgas-Emissionen, Tierwohl und Bodenschutz. Zur Erreichung dieser teilweise schwer unter einen Hut zu

bekommenden Ziele hat die EU-Kommission im Rahmen des Green Deals die Biodiversitätsstrategie und die Farm-to-Fork Strategie veröffentlicht. Diese gilt es nun in der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 auf den Boden zu bringen.

„Die Landwirtschaft befindet sich in einem ständigen Entwicklungsprozess. Gerade die oberösterreichische Landwirtschaft mit ihrer hohen Produktivität bei gleichzeitiger Einhaltung strenger Richtlinien in den Bereichen Natur- und Umweltschutz ist ein gutes Beispiel. Dafür braucht es auch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen. Am Ende des Tages ist entscheidend, dass unsere Bäuerinnen und Bauern ein Umfeld vorfinden, in der die Motivation für die tägliche, teils harte Arbeit nicht verloren geht. Jede Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik ist daher vom Betrieb, von den einzelnen Bäuerinnen und Bauern her zu denken. Denn niemandem ist geholfen, wenn Betriebe ihre Tore für immer schließen“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Objektive Indikatoren, um Vorleistungen der Länder anzuerkennen

Für die oberösterreichische Landwirtschaft ist es aktuell von entscheidender Bedeutung, dass

bereits erbrachte ökologische Leistungen anerkannt werden und der erfolgreiche heimische Weg weitergegangen werden kann. Österreich setzt erfolgreich auf freiwillige und durch öffentliche Zahlungen unterstützte Leistungen für die Artenvielfalt und den Naturhaushalt (siehe Zahlen zum ÖPUL-Programm in Tabelle 1). Dieses Modell hat sich bewährt, da es die Motivation der Betriebe

Gemeinsame Agrarpolitik in OÖ 2019	
Direktzahlungen (DZ) in Mio Euro:	146,88
Ø LE-Zahlungen 14-20 pro Jahr in Mio Euro:	134,22
Davon Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL) in Mio Euro:	76,06
Direktzahlungs-Betriebe	23.004
ÖPUL-Betriebe	19.253
Anteil ÖPUL-Betriebe an DZ-Betrieben	83,69%
Gesamte LW-Nutzfläche in Hektar	500.814
ÖPUL-Fläche in Hektar	333.612
Anteil ÖPUL-Flächen an gesamter LW-Nutzfläche	66,61%

Tabelle 1: Zahlen zur Gemeinsamen Agrarpolitik in Oberösterreich im Jahr 2019 (Quelle: Grüner Bericht 2020)

nutzt und eine Politik der Verbote und Vorschriften vermeidet.

So wurde in Oberösterreich beispielsweise mit einem dichten Netz an Wasserbauern die Belastung des Grundwassers mit Nitrat erfolgreich unter Kontrolle gebracht.

„Damit wir in Oberösterreich unseren erfolgreichen Weg weitergehen können und nicht für bereits erfolgte Leistungen gleichfalls bestraft werden, setzen wir uns intensiv für einen objektiven Vergleich zwischen den Mitgliedsstaaten ein. Die oberösterreichische Landwirtschaft weist Topwerte in den Bereichen Klimaeffizienz, Tierhaltungsrichtlinien und Biolandbau auf. Wir können diese Werte nicht im selben Ausmaß steigern wie Länder, deren Landwirtschaft von einem weitaus niedrigeren Niveau startet. Die im ÖPUL-Programm erbrachten Leistungen sind unbedingt im neuen Öko-Schema anzurechnen“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Partnerschaftliche Weiterentwicklung der Land- und Forstwirtschaft

Für die landwirtschaftlichen Betriebe wird es zu einer immer größeren Herausforderung, die Zielsetzungen seitens der Politik und der Gesellschaft mit stagnierenden Produktpreisen unter einen Hut zu bekommen. Der Strategie-Prozess Zukunft Landwirtschaft 2030 hat klar ergeben, dass sich die Landwirtschaft nicht ohne Rückendeckung der Medien und der Konsumentinnen und Konsumenten weiter entwickeln kann. Die neue Farm-to-Fork Strategie drückt diesen Sachverhalt bereits in ihrem Namen aus. *„Die ökologische Weiterentwicklung der Landwirtschaft gelingt nur, wenn die gesamte Wertschöpfungskette bis hin zum Mittagstisch der Menschen mitgedacht wird. Weniger Lebensmittelverschwendung, höhere Wertschätzung und Preisbereitschaft für heimische Lebensmittel, starke bäuerliche Betriebe und eine gesicherte Eigenversorgung, das alles erreichen wir nur gemeinsam“,* so Hiegelsberger.

Die Strategie Zukunft Landwirtschaft 2030 nimmt auch die Politik ganz klar in die Pflicht, die Rahmenbedingungen für die weitere positive Entwicklung

der Landwirtschaft zu schaffen. In diesem Sinne setzt sich Österreich stark dafür ein, die Hofschlachtung im EU-Recht praxistauglich zu regeln. Die Schlachtung der Tiere am Herkunftshof bietet eine große Chance für die regionale Wertschöpfung und entspricht den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl.

Stand der Verhandlungen über die zukünftige Gemeinsame Agrar-Politik

Nach der Positionierung seitens Europaparlament und Rat Ende Oktober 2020 laufen nun die Schlussverhandlungen, die sogenannten Trilogie. Der Fortschritt ist schleppend, denn es gibt etliche Punkte, wo das Europaparlament und der Rat nicht von ihren Positionen abrücken wollen und ein Kompromiss in weiter Ferne scheint.

„Wenn es um knapp 390 Mrd. Euro in der nächsten Periode, deren konkreten Einsatz, sowie um eine Kompromissfindung unter den Europäischen Parteien und den Interessen von 27 Mitgliedsstaaten geht, kann man sich die Mammutaufgabe der GAP-Reform vielleicht vorstellen. In den Trilogieverhandlungen zögert sich eine Einigung zu großen Knackpunkten wie etwa der Ökoregelung bis zum Finale hinaus. Ein Abschluss ist bis Ende des ersten Halbjahres 2021 möglich“, so Simone Schmiedtbauer: *„Weder die GAP noch der Green Deal dürfen zu einem Belastungspaket für unsere bäuerlichen Familienbetriebe werden. Ich kämpfe für meinen Berufsstand, für die Bäuerinnen und Bauern, diejenigen, die Agrarpolitik auf Grund und Boden umsetzen.“*

Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedsländer und Forderung nach Anrechnung der Vorleistungen Österreichs

Die EU-Kommission hat Mitte Dezember 2020 Empfehlungen für jeden Mitgliedsstaat veröffentlicht, um die Ausarbeitung der GAP-Strategiepläne

zu „erleichtern“ bzw. zu steuern. Sie möchte, dass die GAP-Strategiepläne zu den ambitionierten Zielen des Green Deals beitragen.

„Die Empfehlungen der EU-Kommission sind nicht rechtsverbindlich. Die Ausgestaltung der nationalen GAP-Strategiepläne ist prägend für die gesamte kommende Periode ab 2023. Im Zentrum der GAP stehen die bäuerlichen Familienbetriebe, nicht die Green Deal Ziele. Darum fordere ich eine Anrechnung der umfangreichen Vorleistungen der österreichischen Landwirtschaft. Andere EU-Länder müssen erst einmal zum Spitzenreiter Österreich aufschließen“, fordert Schmiedtbauer: „Ziel des Green Deal ist es Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent weiterzuentwickeln. Mein erklärtes Ziel ist es, dass spätestens 2050 kein einziger Landwirt mehr nur rund 47 Prozent des EU-Durchschnittsbruttoeinkommens erwirtschaftet, wie es derzeit der Fall ist. Ich kämpfe für Zukunftsperspektiven für unsere bäuerlichen Familien.“

Klare Absage an MERCOSUR analog zum Regierungsprogramm

Der Agrarkommissar hat Ende Jänner eine Studie zu den Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die Landwirtschaft vorgestellt. Laut Studie soll sich die Netto-Handelsposition des EU-Agrar-Lebensmittelsektors insgesamt verbessern. Es wird aber auch prognostiziert, dass die Mercosur-Lebensmittelimporte bis 2030 die Importe aller elf weiteren neuen Handelspartner der EU überwiegen würden.

Simone Schmiedtbauer führt aus: *„Mit mir gibt es keine scheinheilige Handelspolitik und Billigimporte zu Lasten des Klimas, der Umwelt, unserer bäuerlichen Familienbetriebe und der regionalen Lebensmittelversorgung. Ehrlicher Klima- und Umweltschutz braucht globales Denken und Hausverstand. Mein klares NEIN zu Mercosur bleibt stark.“*